

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 37 (1947)
Heft: 32

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Erste Schatten der Wahlen

-an- Man kann wohl sagen, dass der erste Trommler im Werbekampf um die Nationalratssitze Herr Duttweiler gewesen. Er wird zweifellos weiterfahren und auch der letzte sein. Denn seine Fraktion gehört unter jene, die vom Schwund bedroht sind und vielleicht aufgerieben werden, falls nicht überzeugende Parolen dem Gedanken der «überparteilichen Vereinigung», als welche sich die im Landesring zusammengeschlossenen Kreise betrachten, neuen Glanz geben. Frage ist nur, ob die Methoden, zu denen Herr Duttweiler greift, im Wählerpublikum die nötige Begeisterung schaffen. Jedermann erinnert sich der verschiedenen Attacken, die der kühne «Freibeuter auf dem Meere der Konkurrenz» geritten: *Nes-Café* und die andern *Nestlé-Produkte* sind immer noch «in aller Mund»... das heisst, die Liebhaber trinken sie weiter und fragen sich kaum, ob sie je einen Minusgehalt an Kaffee oder an sonstwas verspürt haben. Und dass *Geigy-Basel* das Entlausungsmittel *Neocid* gleich teuer verkauft, ob es nun 3, 5 oder 10 Prozent Wirkstoff enthalte, schiert den Durchschnittsbürger nicht, und dass in Rumänien mit der 3prozentigen Lösung kein Erfolg erzielt wurde, noch weniger.

Es sollte ein Ritt gegen die Grossfirmen mit Monopolstellung werden — und die «Unabhängigen» werden betonen, dass die Macht der Trusts nicht gebrochen werden könne, solange nicht mehr «Unabhängige» in Parlamenten und Behörden sassen. Parteien, welche unter ihren Massgebenden Leute zählen und in die Ratssäle schicken, die solchen Grossunternehmungen nahestehen, sind gegen Duttweilers «Korruptionsfeldzug theoretisch anfällig. Aber wir wetten hundert gegen eins, dass es ihm keinen Zuzug verschafft, und wenn er vor dem Wahlkampf noch ein Halbdutzend skandalmässig riechende Geschäfte an den Pranger stellen und vor den Richter ziehen wird, oder noch einige Firmen so weit bringt, wie *Geigy-Basel*, der von sich aus gerichtlich beurteilt werden will.

Der Grund dieser spezifischen Gleichgültigkeit des Bürgers gegen Praktiken der Wirtschaft, die er nicht ändern kann, und an deren Aenderung ihm persönlich sehr wenig liegt? Der «Landesring» hat kein greifbares Programm. Freiheit—ja—aber wozu? Welche gesetzgeberischen Massnahmen verlangt eigentlich? Wir haben nun an der AHV-Abstimmung erlebt, mit welcher überwältigendem Mehr das Volk Ja sagen kann, wenn es sieht, wozu eine Sache gebracht wird und welchen Zweck sie erfüllen soll. Alle Kreise verlangen den Aufbau einer neuen Ordnung, in welcher das Höchstmass möglicher Freiheit mit dem Vorteil planmässiger Ordnung verbunden wird. Darum sind auch die so schwer umstrittenen Wirtschaftsartikel durchgekommen. Das Rennen im kommenden Wahlkampf werden jene Parteien gewinnen, die ihren natürlicherweise zugehörenden Wählerschichten am eindringlichsten zeigen, was für die speziell an positiven Errungenschaften gewonnen werden soll. Nichts Vages, wie eine inhaltlich kaum umschriebene «Freiheit» es ist.

Ohnmacht der „UNO“, Macht der USA

Im indonesischen Konflikt ist schon verschiedentlich interveniert worden. Von dem, was China ausgerichtet, hat man nichts mehr gehört. Die Bereitschaft des Königs Faruk, zwischen seiner Majestät der Königin der Niederlande und den Chefs der javanischen Moslems eine Brücke zu bauen, fand kaum ein Echo. Dagegen hiess es, *Holland nehme die Vermittlung der Vereinigten Staaten an*. Der holländische Delegierte im Sicherheitsrat, van Kleffens, teilte dies denn auch den debattierenden Herren dieses Rates mit. Worauf sich die Russen sofort vernehmen liessen, eine amerikanische Vermittlung untergrabe die Autorität der «UNO». Nichtsdestoweniger kam es schliesslich zu einer Abstimmung, und es wurde beschlossen, an die streitenden Parteien die Aufforderung zu richten, das Feuer einzustellen und zu verhandeln. Interessanterweise enthielten sich die drei Kolonialmächte England, Frankreich und Belgien, die gleich Holland einen Konflikt mit der frühern Kolonie als «interne Angelegenheit» betrachten, der Stimme. Auch die USA und Brasilien waren der Ansicht, es sei unsicher, ob man einen Konflikt zwischen zwei souveränen Staaten und den zwischen Holland und seinen Kolonien in eine Linie stellen dürfe. Schliesslich aber drang der Standpunkt Australiens durch, das sich die benachbarten Indonesier zu künftigen Freunden und nicht zu Feinden machen will, und das wenig Verständnis für die holländischen Prestigeorgen, viel eher noch für das gefährdete holländische Plantagenkapital aufbringt. Amerika modelte den australischen Interventionsvorschlag so weit um, dass er eine Mehrheit finden konnte.

Wenn van Kleffens erklärte, die Holländer würden mehr als alle andern glücklich sein über die Möglichkeit, den Kampf zu beenden, kann man das glauben. Aber richtig glücklich — das wird erst der Fall sein, wenn sämtliche wichtigen Produktionsgebiete unter dem sichern Schutz der holländischen Truppen stehen. Darum gehen die Kämpfe weiter, obgleich die Indonesier — d. h. nur die Vertreter von Java und Sumatra — erklärt haben, dass sie der Aufforderung der UNO-Behörde zustimmen. Anfangs der Woche war jedoch noch keine holländische Zusage da. Begreiflicherweise! Denn noch sind nicht alle zu sichernden Gebiete besetzt. Dass die USA und manche andere Macht wünschen, Holland möge mit der Aktion vorderhand fortfahren, ergab sich, als der russische Delegierte Gromyko verlangte, die Angreifer müssten sofort auf ihre Ausgangsstellungen zurückgehen. Der Sicherheitsrat lehnte diese Zumutung ab. Und im Haag dürfte man daraus schliessen, wie gut man allenthalben, vielleicht sogar in Australien, versteht, welche Werte militärisch zu sichern seien.

Die Indonesier aber verstehen offenbar auch, wer bei der kommenden Vermittlungskaktion der gewinnende Teil sein wird: Holland. Aus dieser Erkenntnis kommt die neuerliche Verschärfung des nationalisistischen Extremismus. Am Montag wurde der Welt bekannt gegeben, dass die indonesische Repu-

blik sich nicht mehr als Bestandteil der «indonesischen Föderation» betrachte, das heisst also: Auch nicht mehr als Teil des Niederländischen Reichsverbandes. Sukarno und seine «toalitäre Regierung» spielen also van banque. Es mag in dieser Erklärung die Spekulation auf den Sicherheitsrat sein, der halb und halb die Selbständigkeit von Java-Sumatra anerkannt hat. Wohl im Hinblick darauf, dass der neue Staat rechtlich im «Niederländischen Reiche» eine ähnliche Position hat wie Australien, Kanada und Irland im britischen Empire, und eigentlich genau so gut wie diese Drei Mitglied der UNO sein könnte.

Wahrscheinlich ist jedoch, dass wir in einer derart radikalen Erklärung so etwas wie einen Verzweiflungsakt sehen müssen. Sukarno bricht die Brücken hinter sich ab. Er und seine Anhänger kennen die mannigfachen Schwächen ihrer Position. Das internationale Kapital kann nicht anders, als auf die Wünsche der niederländischen Wirtschaftskreise Rücksicht zu nehmen. Mögen die USA und Australien auch eine Politik verfolgen, welche die Verselbständigung aller frühern Kolonien erstrebt: Die Zerstörung der materiellen Werte können sie nicht dulden, und einen wilden National-Anarchismus, der zunächst beide Inseln in eine Wüste verwandeln will, um den Holländern das «Wiederkommen» zu verunmöglichen, werden sie hintertreiben.

Die holländische Reichspolitik

geht im übrigen aktiv vor. Sie stützt zunächst die Sundanesen auf dem westlichen Java, um womöglich hier einen kleinen Teilstaat zu errichten, welcher nachher als selbständiges Glied der «Indonesischen Föderation» funktionieren und seinen Schutz gegen die Ost-Javaner beim «Reiche» suchen würde. Dergleichen melden sich Separatisten auch auf Sumatra. In Medan kam es zu einer gewaltigen Demonstration. Und was verlangten die Demonstranten, die sich offensichtlich der Gunst des dortigen holländischen «Kommissars für zivile Angelegenheiten» erfreuten? Nicht weniger als die Souveränität Ost-Sumatras. Es sollte gar nicht überraschen, wenn in nächster Zeit weitere derartige Bewegungen aufschliessen würden. Immer noch ist das «Divide und Impera» das Abc jeder Machtpolitik. Und Klügeres haben auch in Indien die Engländer nicht getan, als eben dies: Die Konkurrenten gegeneinander auszuspielen. Im Falle Indonesiens bedeutet dies: Die Aktivisten im östlichen Java zu isolieren. Dort, in den fortschrittlichen Zentren, sitzen die Kreise, welche sich schon als die Herren und Besitzer der ganzen Insulinde betrachten, als die Leute, welche ganz einfach die Erbschaft der Holländer antreten wollen.

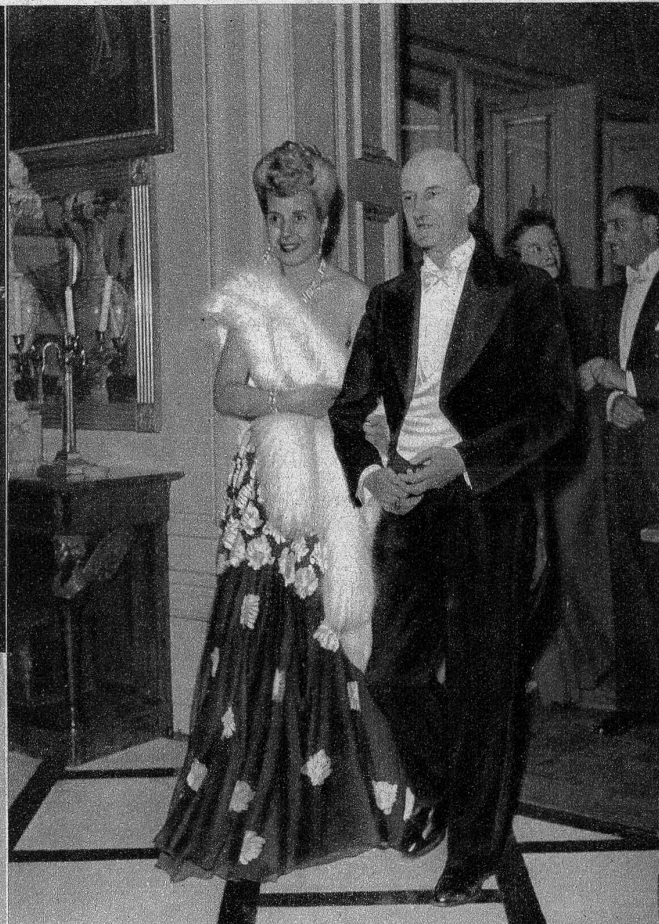
Ihnen war von Anfang an ein Dorn im Auge, dass die «Republik» nur Java, Madura und Sumatra umfassen wollte, während auf Celebes, auf Borneo und den Molukken, auf den zahllosen kleinen Inseln Pseudoregimes errichtet wurden, deren faktische Herren die holländischen Besitzer waren, mit ihren Banken, Handelsfaktoreien, Plantagen und Soldaten. Solange in diesen vielen Teilstaaten nicht



Argentinischer Staatsbesuch in der Schweiz

Am Montag ist Frau Eva Peron, Gattin des argentinischen Staatspräsidenten, zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in der Schweiz eingetroffen.

Unsere Bilder zeigen oben: Frau Peron mit Legationsrat Dr. Cuffat und der Gattin des Genfer Staatsrates de Senarclens auf ihrer Stadtrundfahrt in Genf; rechts: Empfang im Wattenwyl-Haus in Bern, wo Bundespräsident Etter den Gästen ein Essen offerierte.



Javaner als «Kulturträger und Wirtschaftsorganisatoren» zur Ablösung antreten, ist alles nur eine halbe Sache. Sie werden nun wohl erleben, in welcher Richtung die Entwicklung dank der amerikanischen Vermittlung gehen wird: Die Holländer werden ihre Besitztümer behalten. Die «Indonesische Republik» besteht, vermutlich in kleinem Umfang, weiter, aber die USA werden «Ordnung» verlangen, das heisst eine gemässigte, den Wünschen Amsterdams — und Newyorks genehme und gefügige Regierung ans Ruder bringen. *Es ist nicht einmal ausgeschlossen, dass Sukarno und seine Extremisten an der Macht bleiben.* Und zwar gegen das Versprechen, die wilden Aktionen ihrer Anhänger zu unterbinden. Sukarno ist ein wandelbarer Typ, der noch im Jahre 1945 die Amerikaner, Engländer und Niederländer mit Japans Hilfe «zerschmettern und vernichten» wollte, und der heute die Amerikaner als «Kämpfer für die Gerechtigkeit» zu Hilfe ruft. Er wird sich — materiell oder moralisch — «kaufen» lassen. Daran zweifeln gerade jene Kreise nicht, welche die Indonesier zu kennen glauben.

Und die Macht der «UNO»?

Nicht sie wird schliesslich vermitteln, mag sie Holland und die «Republikaner» auf Java noch siebenmal auffordern, ihre Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht oder auf sonstige friedliche Weise zu beenden. *Wer den Machtanspruch fällt, das sind die Amerikaner.* Wir können am Beispiel der Philippinen ungefähr absehen, welchen Zustand man in Washington als den «möglichen» und «idealen» ansieht. Die Republik der Philippinen ist heute staatsrechtlich unabhängig. Aber im «Freilassungsvertrag» mit den USA wurde nicht nur eine enge wirtschaftliche Bindung der Inseln nach Amerika hin stipuliert, sondern auch ein System von Stützpunkten für die amerikanische Flotte und Luftwaffe vereinbart, unter deren

Schutz der neue freie Staat ruhig leben soll. Der militärische Schutz gilt selbstverständlich «nach aussen und innen». Amerika sichert sich auf diesem äussersten pazifischen Vorposten gegen Angriffe, die vielleicht von Russland herkommen könnten. Es sichert sich aber auch gegen alle Eventualitäten sozialer Art. Wer auf den Inseln Besitzender ist, «ob Yankee oder Philippino», soll ruhig schaffen und wirtschaften können, und der soziale Aufstieg des Volkes soll sich im Schatten einer hoffentlich lange dauernden amerikanischen Prosperity vollziehen. So ungefähr sieht das System aus, welches nach amerikanischer Ansicht besser sein wird als das frühere europäische Kolonialsystem.

Und in Indonesien — sowohl in der «Föderation» der vielen freien Staaten und Stächen wo die Holländer sowieso dominieren, wie in Java und den übrigen Teilen der «Republik», werden die Träger von Ordnung und Besitz zuerst fest untermauert, und dann wird Friede werden. Den Javanern, Sundanesen, Sumatramalayan und all den andern wird man das Dekorum einer möglichst ausgeprägten Eigenstaatlichkeit gewähren, mit der Verpflichtung, dass diese souveränen Behörden und ihre Ordnungsorgane strikte über die verbürgten Rechte aller Einwohner, und zuallererst über deren Eigentumsrechte wachen. So sieht die «pax americana» aus, und so wird die in ihrem Schatten zu errichtende «pax hollandia» aussehen.

Sicherheitsrat und Sozialrat, Generalversammlung und die oder jene andere Behörde der UNO aber können nur gutheissen, was USA mit verschiedenen Druckmitteln durchsetzt. Und jede Diskussion in diesen Gremien wird darauf hinauslaufen, dass die Russen mit Gegenanträgen gegen Amerikas Methode demonstrieren und — unterliegen. Denn die Mehrheit der Staaten im neuen Völkerbunde

sind überzeugte Anhänger der «amerikanischen Methode». Es ist nur verständlich, dass Moskau danach trachtet, die Stimmenzahl seiner Anhänger zu erhöhen. Darum die Bemühungen Bulgariens, unter die «Vereinten Nationen» aufgenommen zu werden. Darum der Versuch einer rumänischen Fühlungnahme mit der «UNO», welcher über Bern unternommen wurde. Ein «freies Indonesien» nach dem ursprünglichen Plane Sukarnos würde ohne Zweifel auch eine pro-russische Stimme bedeuten. Ein durch Amerikas Vermittlung befriedetes Java aber wird, falls es einmal zur Aufnahme des neuen Staates kommt, eine Stimme «pro Amerika» sein.

Es sind aber immer nur akademische Debatten, die in Lake Success, dem Sitz der UNO, geführt werden. Reale Entscheide werden ausserhalb der Versammlungsäle geführt. Wenn der «ewige Freundschaftspakt» zwischen Bulgarien und Jugoslawien perfekt wird, wie dies soeben im slowenischen Bled geschehen, wenn die beiden Staaten eine Zollunion vorbereiten, wenn die Einbeziehung Albaniens ebenso vorbereitet wird, dann ist ein Schritt zur grossen Balkanföderation getan worden. Wenn jedoch Trygve Lie, der Generalsekretär der UNO, erklärt, einige Landstriche Jugoslawiens stünden vor dem Verhungern, dann ist dies eine akademische Deklaration, der die Realität gegenübersteht: USA weigern sich, weiterhin nach den unter russischem Einfluss stehenden Gegenden zu liefern. Nun wird sich Moskau, das mit Rekordern rechnet, Freunde machen können. Warum Russland den Engländern für seinen Weizen so viel verlangte, dass London auf Lieferungen verzichten musste und die Handelsvertragsverhandlungen vorderhand scheitern liess, versteht kein Mensch. Die UNO wird auch dieser sturen Unvernunft gegenüber ohnmächtig sein, und Englands Abhängigkeit von der Macht des Dollars bleibt ungelockert.